

Wochendienst
Auswahl aus den Mitteilungen
der vergangenen Woche

Nr. 39
vom 16. Oktober 2008
Redaktion: Katja Richardt

Wirtschaft und Hafen

Gemeinsam noch stärker: Marnette und Gedaschko schmieden Allianz.....2

Soziales und Familie

Senat beschließt Aktenvorlage zum Geschwistermord an Morsal O.4

Gesundheit

International gemeinsam gegen die Verbreitung von Tierseuchen und
Krankheiten5

Falsche Fische, lästige Läuse und gefährlicher Diesel.....6

Justiz

Senat beschließt neues Informationsfreiheitsgesetz8

Burim und Bashkim O. sowie Sven P. zu Freiheitsstrafen verurteilt 10

Kultur

11. „Ziegel“: 600 Seiten junge Hamburger Autoren 14

Schüler forschen im Hamburger Staatsarchiv 15

Zur Information

Terminkalender..... 16

13. Oktober 2008/bwa13

Gemeinsam noch stärker: Marnette und Gedaschko schmieden Allianz

Hamburgs Wirtschaftssenator Axel Gedaschko und Dr. Werner Marnette, Minister für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr in Schleswig-Holstein sind heute neue Wege gegangen: Bei einem ersten Treffen der Hausleitungen der beiden Wirtschaftsministerien der norddeutschen Länder haben sie vereinbart, eine gemeinsame Strategie der beiden Wirtschaftsressorts zu entwickeln und Ansatzpunkte für eine Vertiefung der Zusammenarbeit in der länderübergreifenden Clusterpolitik, der Wirtschafts- und Technologieförderung sowie der Interessenvertretung und Öffentlichkeitsarbeit im Bund und in der EU aufzuzeigen. Beim nächsten Hausleitungstreffen 2009 werden die Ergebnisse vorgelegt.

Konkret wurden u.a. folgende Themen angesprochen:

Die Wirtschaftsförderungsgesellschaften beider Länder werden einen Vorschlag für ein gemeinsames Marketing und einen internationalen Auftritt erarbeiten. Firmen, die sich in Norddeutschland ansiedeln wollen, bekommen so ein breiteres und attraktiveres Angebot. Im Bereich der maritimen Industrie wird man einen Schwerpunkt im Schiffsbau setzen. Angesichts der internationalen Konkurrenz – insbesondere aus Fernost – müssen die Unternehmen für erforderliche Marktanpassungen gestärkt werden. Der Fachkräftemangel stellt beide Länder vor große Herausforderungen. Hier muss kurzfristig gehandelt und langfristig Vorsorge getroffen werden. Ein gemeinsamer Innovationspreis Hamburg/Schleswig-Holstein soll die Innovationskraft der norddeutschen Unternehmen fördern und anregen. Die Wirtschaftsressorts der Länder Hamburg und Schleswig-Holstein begrüßen die Möglichkeiten der überregionalen Zusammenarbeit im Rahmen des „Europäischen Fonds für regionale Entwicklung“ (EFRE). Bei bestehenden, geeigneten Maßnahmen wird zusammengearbeitet.

Dr. Werner Marnette: „Nur in Einheit können beide Bundesländer eine nationale und internationale Spitzenposition einnehmen und die schwierigen Herausforderungen der Zukunft bewältigen. Wir werden deshalb auch bei der Durchsetzung von Infrastrukturprojekten, speziell den Hinterlandanbindungen, gegenüber dem Bund zusammen auftreten und neue Wege beschreiten.“

Senator Axel Gedaschko: „Im Zuge der voranschreitenden Globalisierung werden auch auf Hamburg und Schleswig-Holstein neue Anforderungen zukommen. Wirtschaftliche

Austauschbeziehungen und die Vorteile von Regionen gewinnen zunehmend an Einfluss. Regionale wie nationale Grenzen verlieren an Bedeutung, einzelne Regierungsstellen an Handlungsspielraum. Deshalb müssen wir zu einer gemeinsamen, starken Nordregion zusammenwachsen.“

Rückfragen:
Behörde für Wirtschaft und Arbeit, Pressestelle
Tel.: 428 41-3015 / -1627,
E-Mail: Pressestelle@bwa.hamburg.de
www.hamburg.de/bwa

14. Oktober 2008/bsg14

Senat beschließt Aktenvorlage zum Geschwistermord an Morsal O.

Gemäß dem Aktenvorlageersuchen zum „Fall Morsal O.“ hat der Senat heute beschlossen, sämtliche vorlagefähigen Akten der Bürgerschaft zum morgigen Mittwoch zu übermitteln. Betroffen sind Akten aus den Geschäftsbereichen der Sozialbehörde, des Landesbetriebs Erziehung und Berufsbildung, der Behörde für Schule und Berufsbildung, der Behörde für Inneres, der Justizbehörde und des Bezirksamtes Hamburg-Mitte, die laut Ersuchen und unter Einhaltung der Hamburgischen Verfassung vorgelegt werden sollen und dürfen.

Ausgenommen von dem Aktenvorlageanspruch sind aufgrund einschränkender gesetzlicher Bestimmungen Akteninhalte, die der ärztlichen Schweigepflicht (§ 203 StGB) und dem Sozialdatenschutz (§35 Abs. 1 SGB I) unterliegen sowie Unterlagen, die laufende staatsanwaltschaftliche Ermittlungen gefährden könnten oder senatsinterne Verfahrens- und Abstimmungsprozesse enthalten. Bekanntermaßen hebt auch das hohe Rechtsgut des Aktenvorlageanspruches der Bürgerschaft diesen Sozialdatenschutz nicht aus. Um auch diese Akteninhalte vorlegen zu können, sind Betroffene gebeten worden, ihre Einwilligung zur Vorlage solcher Unterlagen zu erklären, die sie betreffende Sozialdaten enthalten. Soweit positive Rückmeldungen erfolgen, werden diese bislang dem Sozialdatenschutz unterliegenden und damit nicht vorgelegten Akteninhalte der Bürgerschaft nachgereicht. Die in den Akten vorliegenden personenbezogenen Daten unterliegen darüber hinaus der Bürgerschaftlichen Datenschutzordnung.

Für Rückfragen der Medien:

Pressestelle der Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz

Jasmin Eisenhut

Tel.: 42863-28 89, Fax: 42863-38 49

E-Mail: pressestelle@bsg.hamburg.de

Internet: www.hamburg.de/bsg/

15. Oktober 2008/bsg15

International gemeinsam gegen die Verbreitung von Tierseuchen und Krankheiten

Delegation aus Argentinien informiert sich im Hamburger Hafen

Am 15. und 16. Oktober besucht eine Delegation der argentinischen Nationalbehörde für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen Hamburg. Ziel des Besuchs ist, sich über veterinär- und lebensmittelrechtliche Grenzkontrollen, die von der Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz (BSG) durchgeführt werden, in der Hansestadt zu informieren. Dabei steht der Erfahrungsaustausch darüber, wie die Einschleppung von Tierseuchen und Krankheiten über Häfen wirkungsvoll verhindert werden kann, im Vordergrund. Der Besuch unterstreicht die Kompetenz Hamburgs als Endhafen der Weltwirtschaft.

Hamburg trägt in seiner Funktion als Endhafen der Weltwirtschaft und EU-Außengrenze die Verantwortung für lebensmittel- und veterinärrechtliche Grenzkontrollen, um die Einschleppung von Krankheiten und Tierseuchen über den Hafen zu verhindern. Die Kontrollbehörden leisten effektiven Gesundheits- und Tierschutz für die gesamte Europäische Union. EU-interne Handelsverzerrungen sollen dabei durch einheitliche Vorschriften verhindert werden und die Kontrollen werden entsprechend zunehmend auf der Grundlage von EU-Rechtsvorschriften durchgeführt.

Hamburg verfügt als große europäische Hafenstadt über einen international guten Ruf und ausgewiesene Erfahrung bei der Organisation der Grenzkontrollstellen sowie der Beseitigung gefährlicher Schiffsabfälle. Diesen Themen gilt das besondere Interesse der argentinischen Delegation, die im Rahmen ihres Besuches neben Anlagen der Wasserschutzpolizei sowie des Veterinäramt Grenzdienstes der BSG u.a. auch die Müllverwertungsanlage in der Borsigstraße besichtigen wird.

Die Delegation der Nationalbehörde für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen Argentiniens (SANASA) besteht aus dem Leiter der Grenzkontrollstelle des internationalen Flughafens von Buenos Aires, dem Leiter für den Bereich organische Abfälle in Häfen sowie dem für die Lebensmittelsicherheit zuständigen Tierarzt der im Westen Argentiniens gelegenen Region Mendoza.

Rückfragen der Medien:

Pressestelle der Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz
Rico Schmidt

Tel.: 42863-28 89, Fax: 42863-38 49

E-Mail: pressestelle@bsg.hamburg.de; Internet: www.hamburg.de/bsg

16. Oktober 2008/bsghu16



Institut für Hygiene und Umwelt

Hamburger Landesinstitut für Lebensmittelsicherheit,
Gesundheitsschutz und Umweltuntersuchungen

Falsche Fische, lästige Läuse und gefährlicher Diesel

Hamburger Landeslabor stellt Jahresbericht vor

Mehr als 670.000 Laboranalysen und Begutachtungen, Stellungnahmen, Beratungen und Impfungen – das ist die Bilanz des Instituts für Hygiene und Umwelt (HU) der Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz für das Jahr 2007. Der heute vom HU und Gesundheits- und Verbraucherschutzsenator Dietrich Wersich vorgestellte Jahresbericht des Hamburger Landeslabors zeigt unter anderem: Von den rund 24.000 untersuchten Lebensmittelproben musste jede achte Probe (12 Prozent) beanstandet werden, weil sie nicht den lebensmittelrechtlichen Anforderungen entsprach. Akut gesundheitsgefährdend waren nur 34 Proben (0,14 Prozent).

Das Aufgabenspektrum des Instituts für Hygiene und Umwelt umfasst weit mehr als die Analytik und Begutachtung von Fleisch und Fisch, Obst und Gemüse. **Senator Wersich:** „Sowohl bei planbaren Programmen wie der vorgeschriebenen jährlichen Untersuchung von Zigaretten und Tabakwaren als auch bei ungewöhnlichen Ereignissen wie Vogelgrippe oder Schiffsunfälle sorgen die Wissenschaftler des HU mit ihren Teams zuverlässig, kompetent und engagiert für den Schutz der Verbraucherinnen und Verbraucher in Hamburg. Durch die steigenden Importuntersuchungen bei den Lebensmitteln und den Einsatz in Umweltprojekten der Europäischen Union geht ihr Verantwortungsbereich aber auch weit über die Grenzen unserer Stadt hinaus. Selbst wenn das Institut nur eine von mehreren Säulen im Verbraucherschutz ist, haben auch die hier erbrachten Leistungen dazu beigetragen, dass unsere Stadt erstmalig Platz 1 im bundesweiten Ranking des Verbraucherzentrale Bundesverbandes zum Verbraucherschutz belegt.“

Beispiele aus der täglichen Arbeit der Naturwissenschaftler, Mediziner, Veterinäre und Ingenieure:

- Durch gentechnische Verfahren konnten die Molekularbiologen nachweisen, dass als (teurer) tropischer Steinbutt angebotene Fischfilets von verschiedenen (günstigeren) barschartigen Fischen stammten; wegen Betrugsverdacht wurde die Staatsanwaltschaft eingeschaltet.
- Bei essbarer Unterwäsche aus Zuckerperlen waren die Zusatzstoffe nicht richtig gekennzeichnet, die BH's und Strings wurden beanstandet.
- Fruchtig riechendes Gelee im Marmeladenglas, das eine Drogeriekette anbot, entpuppte sich als Duschgel.
- Bei einer Fledermaus wurde Tollwut diagnostiziert.
- Fast täglich kamen Kinder zur kostenlosen Behandlung von Kopfläusen ins Institut.

- Nach der Kollision zweier Binnenschiffe gelangten etwa 300 Tonnen Dieselöl in die Elbe; Wasser, Bodenproben und Muscheln wurden daraufhin im HU genauestens unter die Lupe genommen und werden jetzt weiter beobachtet.
- In einem gemeinsamen Projekt analysierten Chemiker des Hamburger Luftmessnetzes und der Luftüberwachung in Schleswig-Holstein die Zusammensetzung von Feinstaub.

Weitere Leistungen des Hamburger Landeslabors aus dem vergangenen Jahr in Zahlen:

- Hohe Beanstandungsquoten gab es unter anderem bei Nahrungsergänzungsmitteln (84 Prozent), bei Spirituosen (65 Prozent), Spielwaren (53 Prozent) und Wurstwaren (50 Prozent). Akut gesundheitsgefährdend waren allerdings nur 34 Proben (das entspricht 0,14 Prozent), vor allem Backwaren, die zu viel Cumarin enthielten und Duschgele, die mit Lebensmitteln verwechselbar waren.
- Über 3.300 Essenproben aus Restaurants, Imbissen und Kantinen wurden auf Salmonellen und andere Keime untersucht.
- Schutz vor Hepatitis, Grippe, Masern, Tetanus und anderen Infektionskrankheiten: 2007 wurden dazu mehr als 21.000 Beratungen und Impfungen durchgeführt.
- Im vergangenen Jahr wurden in Hamburg erstmalig mehr als 10.000 Fälle von meldepflichtigen Infektionskrankheiten registriert, darunter waren 6.974 Norovirus-Fälle – auch dies ein neuer Rekord.
- Mehr als 8.000 Mal rückten die Schädlingsbekämpfer aus, um Ratten fachgerecht zu bekämpfen und den Erfolg der Maßnahmen zu kontrollieren.
- 819 Personen wurden 2007 im Institut in Hygienefragen geschult.
- Die kontinuierliche Überwachung der Wasserqualität in den zehn automatischen Wassergütemessstationen an Elbe, Alster und Bille ergab 2007 mehr als 13 Millionen Datensätze.
- 250 Wasserproben aus Badeseen wurden im Sommer 2007 auf krankheitserregende Keime untersucht und die Ergebnisse im Internet veröffentlicht.

Der Bericht „Aktuelle Themen aus den Jahren 2007/2008“ ist als Broschüre erschienen und steht im Internet unter www.hamburg.de/hu als Download zur Verfügung.

Rückfragen:

Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz
 Pressesprecherin Institut für Hygiene und Umwelt
 Janne Klöpffer
 Tel. + 49 (40) 428 45-7304, Fax +49 (40) 428 45-7574
 E-Mail: janne.kloepper@hu.hamburg.de

14. Oktober 2008/jb14

Senat beschließt neues Informationsfreiheitsgesetz

In seiner heutigen Sitzung hat der Senat das neue Informationsfreiheitsgesetz beschlossen und der Bürgerschaft zur Beratung und Verabschiedung weitergeleitet. Justizsenator Dr. Till Steffen: „Mit der Neufassung des Informationsfreiheitsgesetzes setzt der Senat ein wichtiges rechtspolitisches Vorhaben aus der Koalitionsvereinbarung zügig um. Mit dem Gesetz werden die Informationsrechte der Bürgerinnen und Bürger gestärkt. Dies erhöht zugleich Transparenz und die Akzeptanz des Verwaltungshandelns.“

Das neue Informationsfreiheitsgesetz soll das zum 1. August 2006 in Kraft getretene Vorgängergesetz ablösen. Damit setzt der Senat eine Vereinbarung aus dem Koalitionsvertrag um, welche die Angleichung der Gesetzeslage in Hamburg und Schleswig-Holstein für den Bereich des Informationsfreiheitsrechts vorsieht.

Das sind die wesentlichen Neuerungen im Informationsfreiheitsrecht:

Ausweitung des Anwendungsbereichs

Informationsrechte sieht das Gesetz nunmehr nicht mehr nur gegenüber den Behörden, sondern auch gegenüber Anstalten, Körperschaften und Stiftungen des öffentlichen Rechts der Freien und Hansestadt Hamburg vor. Diese mittelbare Staatsverwaltung war bisher vom Informationsfreiheitsgesetz ausgenommen. Wenn eine öffentliche Aufgabe in einer privatrechtlichen Organisationsform erfüllt wird (z. B. durch eine GmbH, an der die Freie und Hansestadt Anteile hält), bestehen Informationsrechte nur dann, wenn diese als Beliehene oder Verwaltungshelfer tätig werden.

Erweiterung des Kreises der Anspruchsberechtigten

Bisher standen nur solchen Menschen Informationsrechte nach dem Informationsfreiheitsgesetz zu, die Unionsbürgerinnen oder Unionsbürger sind oder einen Wohnsitz in einem Mitgliedstaat der Europäischen Union haben. Nunmehr soll jeder natürlichen und juristischen Person ein Informationsrecht zustehen. Erfasst sind damit auch Investorinnen und Investoren, die nicht im Bereich der Europäischen Union ansässig sind.

Stärkung der Möglichkeiten der Durchsetzung des Informationsfreiheitsrechts

Die Möglichkeit, bei der Verweigerung von Informationsfreiheitsrechten den Zugang zum Widerspruchsverfahren zu erhalten, wird beschleunigt. Über den Antrag des Bürgers bzw. der Bürgerin muss die Verwaltung die Information binnen eines Monats, im Verlängerungsfall binnen zweier Monate, entscheiden. Geschieht dies nicht, gilt der Antrag als abgelehnt, womit den Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit eröffnet wird, mit dem Widerspruch gegen die Entscheidung vorzugehen.

Neu geschaffen wird ebenfalls die Möglichkeit, den Hamburgischen Beauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit anzurufen. Dies kann erfolgen, wenn ein Bürger oder eine Bürgerin der Ansicht ist, sein bzw. ihr Informationsersuchen sei zu Unrecht abgelehnt oder nicht beachtet worden, oder er bzw. sie habe von der Verwaltung eine unzulängliche Antwort erhalten. Der Beauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit erhält weitgehende Rechte bei der Sachverhaltsermittlung. Er kann von der Verwaltung Auskünfte sowie den Zutritt zu Diensträumen verlangen. Bei Verstößen gegen das Gesetz kann er die Verwaltung zur Mängelbeseitigung auffordern und den Verstoß beanstanden.

Zurückführung der Ausnahmetatbestände

Die bisherigen Ausnahmetatbestände für die Informationsrechte zum Schutz öffentlicher Belange und der Rechtsdurchsetzung werden neu strukturiert und enger gefasst. Bei gleichzeitigem Schutz des behördlichen Entscheidungsprozesses werden nun auch laufende Verfahren einem Informationsrecht zugänglich. Ebenso Informationen, die vertraulich erhoben oder übermittelt wurden, es sei denn die Informationen betreffen Beratungen, die nach einem Gesetz vertraulich sein müssen oder die von Verschlussachenanweisung geschützt sind.

Weitere Informationen und der Gesetzeswortlaut sind unter www.hamburg.de/ifg abrufbar.

Für Rückfragen:

Thorsten Fürter, Justizbehörde, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit,
Tel. 0 40 – 42843-3143, E-Mail: pressestelle@justiz.hamburg.de

16. Oktober 2008/ger16a

Burim und Bashkim O. sowie Sven P. zu Freiheitsstrafen verurteilt

Das Landgericht Hamburg, Große Strafkammer 8, hat den Angeklagten **Burim O.** wegen Betruges in Tateinheit mit Beihilfe zur Untreue unter Einbeziehung einer Vorverurteilung des Landgerichts Lübeck zu einer ersten Gesamtfreiheitsstrafe von drei Jahren und neun Monaten verurteilt. Auf die Vollstreckung dieser Gesamtfreiheitsstrafe wurden drei Monate angerechnet. Darüberhinaus wurde Burim O. wegen Beihilfe zur Untreue in zwei weiteren Fällen zu einer zweiten Gesamtfreiheitsstrafe von zwei Jahren und zwei Monaten verurteilt. Damit ist der Angeklagte Burim O. insgesamt zu Freiheitsstrafen von 5 Jahren und elf Monaten verurteilt worden, von denen er allerdings nur fünf Jahre und acht Monate zu verbüßen hätte, wenn das Urteil rechtskräftig wird.

Sven P. hat es wegen des gemeinsam mit Burim O. begangenen Betruges und der tateinheitlich begangenen Beihilfe zur Untreue unter Einbeziehung von Vorverurteilungen zu einer Gesamtfreiheitsstrafe von drei Jahren und sechs Monaten verurteilt.

Bashkim O. hat das Landgericht wegen Beihilfe zur Untreue in drei Fällen zu einer Gesamtfreiheitsstrafe von drei Jahren und neun Monaten verurteilt.

Die gegen Burim und Bashkim O. bestehenden Haftbefehle sind aufrecht erhalten worden. Diese Angeklagten werden aber gegen eine Kautionshöhe von einer Million Euro (Burim O.) bzw. 900.000 Euro (Bashkim O.) sowie gegen strenge Meldeauflagen vom Vollzug der Untersuchungshaft verschont.

Das Landgericht hat folgenden Sachverhalt festgestellt:

Bashkim O. kooperierte in den Jahren 2003 bis 2006 eng mit dem bereits rechtskräftig verurteilten früheren Vorstandsvorsitzenden der Volksbank Lauenburg Carsten H., und dessen ebenfalls bereits rechtskräftig verurteilten Partner Hauke Hi. Die Zusammenarbeit bestand in einer gemeinsamen Bereicherung auf Kosten der Volksbank Lauenburg. Folgendes Vorgehen war zwischen den Beteiligten abgesprochen: Bashkim O. sowie seine

Helfer erhielten Millionenkredite, hinsichtlich derer Carsten H. auf die Bestellung der üblichen werthaltigen Sicherheiten verzichtete. Im Gegenzug leitete Bashkim O. einen Teil des von der Volksbank empfangenen Geldes an Carsten H. und Hauke Hi. weiter. Diese verwendeten das Geld größtenteils für eine ihnen gemeinsam gehörende Mineralwasserquelle in Italien, die nicht sprudelte, sondern ein Fass ohne Boden war.

Im Einzelnen handelt es sich um folgende Fälle:

Im Fall 1 erhielt der Angeklagte über einen von ihm gelenkten Strohmann, seinen von ihm abhängigen Angestellten Be., einen Kredit der Volksbank Lauenburg über zunächst 3,2 Mio. €. Der Kredit war zum Teil für den Angeklagten bestimmt, der damit ein Hotel in Porec (Istrien) umbauen wollte. Den Rest des Kredites leitete der Angeklagte an Carsten H. und Hauke Hi. weiter. Der Angeklagte stellte die – scheinbaren – Sicherheiten an dem Hotelgrundstück. Allen Beteiligten war bewusst, dass die Sicherheiten tatsächlich für die Volksbank wertlos waren. Denn die Volksbank, die rückständig organisiert war und in deren Räumen es noch nicht einmal einen Geldautomaten gab, verfügte nicht über die sachliche und personelle Ausstattung für risikoreiche Auslandsgeschäfte. Zudem waren die Grundpfandrechte an dem Hotelgrundstück jeweils zeitlich eng befristet und nicht über die gesamte Laufzeit des Kredites bestellt. Aus seinem Anteil vergab der Angeklagte O. ein Darlehen in Höhe von 1,5 Mio. € an die mit seiner Familie befreundeten Brüder J. Nennenswerte Rückzahlungen auf den Kredit wurden an die Volksbank Lauenburg bis heute nicht erbracht.

Im Fall 2 hat der Angeklagte Bashkim O. seinem Freund und Geschäftspartner R. bzw. dessen Unternehmen zwei Kredite der Volksbank Lauenburg vermittelt, mit denen dieser hochspekulative Geschäfte, u.a. im Bereich des Transferhandels mit Rechten an Profifußballspielern, tätigen konnte. Als Gegenleistung musste R. etwa die Hälfte des empfangenen Geldes an O. sowie an H. und Hi. weiterreichen. Bashkim O. profitierte dabei doppelt: Durch die Weiterleitung an H. und Hi. erfüllte er sein Versprechen, bei der Finanzierung der Mineralwasserquelle behilflich zu sein und konnte im Gegenzug in der Folgezeit auf die weitere intensive Unterstützung Hs. bauen; er selbst erhielt 500.000 €.

Im Fall 3 erzielte Bashkim O. den größten persönlichen Nutzen aus dem gemeinsamen Vorgehen mit H. und Hi. Zusammen mit seinem Partner R. ließ er sich von der Volksbank Lauenburg ein großes Bauvorhaben in Skopje/Mazedonien finanzieren, das die Risikotragfähigkeit der Bank bei Weitem überschritt. Insgesamt stellte die Volksbank

Lauenburg hierfür über 10 Mio. € zur Verfügung. H. verzichtete darauf, die Eintragung von Grundpfandrechten für die Volksbank sicherzustellen und überließ die Eintragung einer – versprochenen – Hypothek O. und R. Diese unterließen es jedoch, für eine Eintragung Sorge zu tragen. Auf diese Weise blieb ihr Baugrundstück unbelastet.

Auch der Angeklagte **Burim O.** wirkte eng mit Carsten H. zusammen und nutzte die Kooperation, um zahlreiche Strohmann-Darlehen in Anspruch zu nehmen und sich so Kapital für seine Immobiliengeschäfte zu beschaffen. H war neben persönlichen Vorteilen, die er von O. erhielt, auch an der hohen Verzinsung der an O. vergebenen Darlehen interessiert.

Die abgeurteilten Taten 1 und 2 unterscheiden sich insofern vom Kern des Zusammenwirkens von H. und O., als sie die Besonderheit aufweisen, dass O. jeweils Dritten Kredite der Volksbank Lauenburg vermittelte, damit er sich durch den überbewerteten Verkauf eigener Grundstücke - auf Kosten der Erwerber und der Volksbank Lauenburg - persönlich bereichern konnte.

Im Fall 1 verkaufte der Angeklagte Burim O. ein ihm gehörendes Grundstück, belegen Reeperbahn/Seilerstraße, bebaut mit der Gaststätte „Lehmitz“, zu einem deutlich über dem Marktwert liegenden Preis an den mit ihm zusammenarbeitenden und eingeweihten Mitangeklagten Sven P. und den Geschädigten Dr. B., einen bayerischen Apotheker, der in besonders geschickter Weise getäuscht wurde: Der Angeklagte Sven P. gab vor, er wolle die Grundstücke zum Zweck der Gewinnerzielung zusammen mit dem Geschädigten erwerben. Dem Geschädigten blieb dabei verborgen, dass Sven P. tatsächlich im Auftrag von O. handelte. Ferner wurde dem Geschädigten wahrheitswidrig vorgespiegelt, dass die Ertragsfähigkeit sowie die in der Vergangenheit erzielten Erträge des Grundstücks – insbesondere die Pachteinnahmen des Lehmitz – dazu ausreichten, die bei der Finanzierung anfallenden Zinsen zu zahlen. Zur Komplettierung der Täuschung vermittelte O. zur Finanzierung ein Darlehen der Volksbank Lauenburg, durch das der falsche Eindruck des Geschädigten, ein ökonomisch sinnvolles Geschäft zu machen, bestärkt wurde. Hierdurch wurde nicht nur der Käufer Dr. B. betrügerisch geschädigt. Auch der Volksbank Lauenburg, der keine ausreichenden Sicherheiten gewährt wurden, entstand ein Vermögensschaden.

Im Fall 2 veräußerte der Angeklagte Burim O. ebenfalls ein ihm gehörendes, in Hannover belegenes Grundstück in strafbarer Weise zu einem deutlich über Wert liegenden Preis. O. täuschte gegenüber dem Zeugen W. vor, aufgrund der räumlichen Entfernung nicht mehr an dem Grundstück interessiert zu sein, rechnete ihm gleichzeitig jedoch die Wirtschaftlichkeit

des Grundstückskaufes vor. Ferner vermittelte er W. einen Kredit der Volksbank Lauenburg und verbürgte sich persönlich in Höhe eines Teilbetrages. Dadurch gelang es ihm, W. von einem guten Geschäft zu überzeugen. Die Volksbank Lauenburg finanzierte den Ankauf durch W., obwohl Carsten H. erkannt hatte, dass die der Bank gestellten Sicherheiten nicht ausreichten.

Im Fall 3 ließ der Angeklagte sich von der Volksbank Lauenburg 800.000,- € geben, ohne dafür Sicherheiten stellen zu müssen. Dieses Ergebnis erreichte er im Zusammenspiel mit Carsten H. dadurch, dass eine von ihm – O. – aus dem Hintergrund gelenkte Gesellschaft ein seiner Ehefrau gehörendes Grundstück kaufte und für den Ankauf ein Darlehen der Volksbank Lauenburg erhielt. Das Darlehen wurde in Höhe von 800.000,- € ausgekehrt und über O.s Ehefrau an den Angeklagten geleitet. Da damit jedoch nicht der volle Kaufpreis beglichen worden war, blieb O.s Ehefrau Eigentümerin des Grundstücks.

Rückfragen:

Sabine Annette Westphalen
Tel.: 040/42843-2017/Fax: 040:42843-4183
eMail: Pressestelle@olg.justiz.hamburg.de

15. Oktober 2008/bksm15

11. „Ziegel“: 600 Seiten junge Hamburger Autoren Hamburger Literaturjahrbuch ab morgen im Buchhandel

Ein Literaturliebhaber, der den „Ziegel“ noch nicht kennt, sollte sich spätestens jetzt das aktuelle „Hamburger Jahrbuch für Literatur 2008/09“ sichern, das nun erscheint. Mit dem rund 600 Seiten starken Buch, aufgrund seines Formats und Gewichts „Ziegel“ genannt, werden auch in diesem Jahr wieder zahlreiche Texte von jungen unbekanntem aber auch bereits arrivierten Hamburger Autoren veröffentlicht. Initiiert wurde das Projekt von der Behörde für Kultur, Sport und Medien, herausgegeben wird der „Ziegel“ vom Dölling und Galitz Verlag. Die elfte Ausgabe des „Hamburger Jahrbuch für Literatur“ wird ab heute am Stand des Dölling und Galitz Verlags auf der Frankfurter Buchmesse vorgestellt und ist ab morgen, den 16. Oktober, im Buchhandel erhältlich.

Senatorin Prof. Dr. Karin v. Welck: „Das Hamburger Jahrbuch für Literatur ist in den Jahren seines Erscheinens immer konsequenter in seinem literarischen und gestalterischen Qualitätsanspruch geworden. Die Herausgeber lesen Hunderte von Manuskripten, um dafür zu sorgen, dass uns kein literarisches Talent entgeht. Das macht den „Ziegel“ so erfolgreich und interessant – für Leser ebenso wie für Verleger und Literaturagenten. Als aufwändigste und umfangreichste lokale Anthologie des deutschen Sprachraums, dokumentiert der Ziegel das literarische Leben Hamburgs und ist inzwischen selbst ein wichtiger Bestandteil dieser Szene.“

Für Rückfragen:

Ilka v. Bodungen
Pressestelle der Behörde für Kultur, Sport und Medien
040 – 428 24 293

Ilka.vonbodungen@bksm.hamburg.de

oder

Sabine Niemann
Dölling und Galitz Verlag GmbH
040 – 386 10 620
dugherstellung@mac.com

16. Oktober 2008/bksm16

Schüler forschen im Hamburger Staatsarchiv

Archivarbeit für den Geschichtswettbewerb des Bundespräsidenten

Der Geschichtswettbewerb des Bundespräsidenten lässt jedes Jahr Schüler zu Forschern werden. Dieses Jahr steht der Schülerwettbewerb, den die Körber-Stiftung alle zwei Jahre organisiert, unter dem Motto: „Helden. Verehrt – verkannt – vergessen“.

Unterstützung bekommen Hamburger Schüler, die sich am Geschichtswettbewerb beteiligen wollen, vom Staatsarchiv Hamburg: Sie können hier unter Anleitung von Mitarbeitern Originalquellen auswerten und dabei Geschichte aus erster Hand erfahren. Und auch Lehrkräfte können das pädagogische Angebot des Staatsarchivs nutzen und sich zu allgemeinen Archiveinführungen oder zur konkreten Quellenarbeit anmelden. Viele Lehrer haben dieses Angebot bereits wahrgenommen. Rund 100 Lehrkräfte aus Hamburg und den benachbarten Bundesländern kamen im September zu einer zweitägigen Informationsveranstaltung über die Möglichkeiten historischer Projektarbeit mit Schülern, zu der das Staatsarchiv gemeinsam mit dem Landesinstitut für Lehrerbildung und Schulentwicklung und der Körber-Stiftung eingeladen hatte.

Der Geschichtswettbewerb des Bundespräsidenten fordert Schüler im Alter von 8 bis 21 Jahren auf, an ihrem Wohnort auf historische Spurensuche zu gehen. Den Gewinnern des Geschichtswettbewerbs winken Geld- und Sachpreise in Höhe von insgesamt 250.000 Euro, Einsendeschluss ist der 28. Februar 2009.

Für Rückfragen:

Staatsarchiv Hamburg

Iris Groschek, 040 – 428 31 3162, iris.groschek@staatsarchiv.hamburg.de
Joachim Frank, 040 – 428 31 3274, joachim.frank@staatsarchiv.hamburg.de

oder

Ilka v. Bodungen

Pressestelle der Behörde für Kultur, Sport und Medien

040 – 428 24 293

Ilka.vonbodungen@bksm.hamburg.de

Terminkalender

Vom 20. Oktober bis 26. Oktober 2008

Die Hinweise dienen nur zur Information; sie gelten nicht als Einladung. Auskünfte über Fototermine und Möglichkeiten der Berichterstattung werden unter der Rufnummer 428 31 - 2182/2183 erteilt.

Montag, den 20.10.2008

- 12:00** Rathaus
Senator Christoph Ahlhaus und Staatsrat Dr. Stefan Schulz nehmen teil an der **Vereidigung junger Polizeibeamtinnen- und beamten.**
- 13:00** Nürnberg, Königstr. 64, Caritas-Pirckheimer-Haus
Senatorin Prof. Dr. Karin v. Welck hält einen **Vortrag zum Thema „Kulturelle Vielfalt & Teilhabe in Deutschland – Die Sicht der Politik“** anlässlich des **2. Bundesfachkongresses Interkultur.**
- 18:00** Rathaus, Kaisersaal
Bürgermeister Ole von Beust gibt anlässlich des **80. Geburtstages von Bürgermeister a.D. Klaus von Dohnanyi** ein Abendessen.

Dienstag, den 21.10.2008

- 10:00** Handelskammer Hamburg
Staatsrat Christian Maaß spricht ein Grußwort anlässlich eines **Symposiums der Wasserstoffgesellschaft.**
- 10:00** Leipzig
Staatsrat Carsten Frigge spricht ein Grußwort anlässlich der **Deutschen Clusterkonferenz 2008 der Wirtschaftsinitiative Mitteldeutschland.**
- 14:00** Rathaus, Bürgermeisteramtszimmer
Staatsrat Carsten-Ludwig Lüdemann empfängt den **Honorarkonsul der Republik Palau, Dirk Peter Jörg Steffens, zum Antrittsbesuch.**

Mittwoch, den 22.10.2008

- 09:30** CCH, Saal 4
Senatorin Anja Hajduk spricht zur **Eröffnung der H2 Expo 2008.**
- Staatsrat Bernd Reinert nimmt teil.
- 10:30** dtp entertainment AG, Goldbekplatz 3-5
Senatorin Prof. Dr. Karin v. Welck hält ein Grußwort anlässlich der **Überreichung des PC-Spiels „Das schwarze Auge: Drakensang“ des Hamburger Verlags für Computer- und Videospiele dtp entertainment AG.**
- 11:00** Patriotische Gesellschaft, Trostbrücke 6
Senator Dietrich Wersich hält auf dem **Kongress Gmünder Ersatzkasse für Vertrauenspersonen einen Vortrag zum Thema „Gesundheitsfonds-Einheitsbeitrag – Morbi-RSA“.**

- 11:00** Rathaus
Senatorin Dr. Herlind Gundelach übergibt den „**Amelia Earhart Fellowship Award**“ an **Frau Karin Dietl, Technische Uni Hamburg-Harburg**.
- 11:00** Hamburger Rathaus
Staatsrat Bernd Reinert nimmt teil an einem **Empfang** anlässlich der **Prämierung excellenter Forschung weiblicher Nachwuchskräfte (Amelia-Earhart-Fellowship-Award)**.
- 13:00** Dresden
Bürgermeister Ole von Beust nimmt am **Qualifizierungsgipfel** von Bundeskanzlerin Angela Merkel und Bundesbildungsministerin Annette Schavan teil.
- 13:30** Staats- und Universitätsbibliothek Carl von Ossietzky, Von-Melle-Park 3, 20146 Hamburg
Senatorin Dr. Herlind Gundelach spricht ein Grußwort anlässlich der **Jahrestagung der Deutschen Initiative für Netzwerkinformation (DINI)**.
- 17:00** Hauptkirche St. Jacobi, Jacobikirchhof 22
Senator Dietrich Wersich nimmt teil am **Festakt** anlässlich des **Wichernjahres 2008**.
- 17:00** Polizeipräsidium Hamburg
Senator Christoph Ahlhaus spricht beim **Themenabend des Industrieverbandes Hamburg zum Thema „Innere Sicherheit“**.
- 18:00** NDR Landesfunkhaus, Rothenbaumchaussee 132, Haus 12
Senatorin Prof. Dr. Karin v. Welck nimmt teil an **einer Radiosendung der neuen Sendereihe von NDR Kultur „NDR Kultur – kontrovers“** mit dem Titel: „**Die Zukunft der Musikstadt Hamburg – Klingende Metropole oder dissonante Seifenblase?**“.
- 18:00** Berlin, Botschaft der Republik Ungarn, Unter den Linden 76
Staatsrat Carsten-Ludwig Lüdemann nimmt auf Einladung **des Botschafters der Republik Ungarn, Dr. Sándor Peisch**, am Empfang anlässlich des **Nationalfeiertages** teil.
- 18:30** Rathaus, Festsaal
Senator Dietrich Wersich gibt einen **Senatsempfang anlässlich des 200. Geburtstages von Johann Hinrich Wichern**.
- 19:30** Hamburgische Staatsoper
Senatorin Prof. Dr. Karin v. Welck besucht die **Ballettaufführung „Josephs Legende“ von John Neumeier**.

Donnerstag, den 23.10.2008

Ganztägig Dresden, Hotel Dresden Hilton
Bürgermeister Ole von Beust nimmt an der **Jahreskonferenz der Ministerpräsidenten** teil.

- 10:00** CCH
Staatsrat Christian Maaß hält ein Grußwort anlässlich der **Zemship Conference**.
- 10:00** Berlin, Landesvertretung
Staatsrat Carsten-Ludwig Lüdemann empfängt den **Botschafter der Republik Zypern, S.E. Pantelakis Eliades, zum Antrittsbesuch**.
- 13:00** Karlsruhe, Novotel Karlsruhe Kongress, Festplatz 2
Staatsrätin Frau Dr. Angelika Kempfert nimmt am 23. und 24. Oktober 2008 an der **18. Konferenz der Gleichstellungs- und Frauenministerinnen, -minister, -senatorinnen und -senatoren der Länder** teil.
- 16:00** Hochschule der Polizei, Münster-Hiltrup, Zum Roten Berge 18
Senator Christoph Ahlhaus nimmt teil am **Festakt zur Gründung der Deutschen Polizeihochschule** in Münster.
- 18:00** Landesvertretung Berlin, Jägerstraße 1-3
Staatsrat Carsten Frigge spricht ein Grußwort im Rahmen eines **Senatempfanges** anlässlich des **Deutschen Logistik-Kongresses 2008**.
- 19:00** Bistro in der Galerie der Gegenwart, Glockengießerwall
Senatorin Prof. Dr. Karin v. Welck eröffnet die **Ausstellung „Da Leonardo a Piransesi. Disegni italiani dal 1450 al 1800“** mit einem Grußwort und nimmt am anschließenden Abendessen teil.

Freitag, den 24.10.2008

- 10:00** Gerhard-Hauptmann-Platz
Staatsrat Carsten-Ludwig Lüdemann hält ein Grußwort zur **Infotour mit dem Thema „Europäische Unionsbürgerschaft“**, die durch 60 deutsche Großstädte führt und vom Verein Bürger Europas e.V. im Auftrag der Europäischen Kommission organisiert wird.
- 14:00** Lichthof der Staats- und Universitätsbibliothek, Eingang Grindelallee/Ecke Edmund-Siemers-Allee
Staatsrat Bernd Reinert spricht ein Grußwort anlässlich **des Herbstfestes „Klima-Exzellenz in Hamburg“**.
- 14:30** Rathaus, Turmsaal
Senator Dietrich Wersich überreicht das **Bundesverdienstkreuz 1. Klasse an Freifrau Annegret von Freyberg**. Freifrau von Freyberg wurde für ihren überragenden und vorbildhaften Einsatz im sozialen, karitativen und mitmenschlichen Bereich geehrt.
- 19:00** Fischauktionshalle, Große Elbstraße 9
Staatsrat Carsten Frigge eröffnet die **Ausstellung „hanseboot 2008“**.
- 20:00** Sporthalle Hamburg
Bürgermeister Ole von Beust, Senator Christoph Ahlhaus und Staatsrat Dr. Stefan Schulz besuchen die **Hamburger Polizeishow**.

Sonntag, den 26.10.2008

- 11:00** Stadthalle Rostock
Senatorin Dr. Herlind Gundelach nimmt teil an der diesjährigen **Verleihung des Deutschen Umweltpreises.**
- 19:00** Laeiszhalle
Senator Dietrich Wersich besucht das **Gala Konzert der Albertinen-Stiftung** mit den **Hamburger Symphonikern** zugunsten der **„Herzbrücke“.**